GENDER OPEN REPOSITORIUM

Das Unbehagen mit den Gender Studies : Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Villa, Paula-Irene; Speck, Sarah

2020

https://doi.org/10.25595/2216

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Villa, Paula-Irene; Speck, Sarah: *Das Unbehagen mit den Gender Studies : Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik*, in: Open Gender Journal, Jg. 4 (2020). DOI: https://doi.org/10.25595/2216.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.17169/ogj.2020.141

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

OPEN GENDER JOURNAL

Das Unbehagen mit den Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Paula-Irene Villa (paula.villa@lmu.de)
Sarah Speck (S.Speck@soz.uni-frankfurt.de)

Abstract: Der Beitrag ist ein Gespräch zweier Sozialwissenschaftlerinnen im Feld der Gender Studies. Es kreist um den Vermittlungszusammenhang zwischen Wissenschaft und (politischer oder aktivistischer) Praxis am Beispiel der Geschlechterforschung. Wie politisch kann, darf Forschung (nicht) sein? Wie, wenn überhaupt, lassen sich Kritik, Normativität, Forschung, politische Praxis und Ethik einerseits trennen, andererseits produktiv aufeinander beziehen? Er plädiert für die Anerkennung der Eigenlogiken von Wissenschaft und Politik und für deren Vermittlung im Sinne reflexiver Übersetzungen sowie gegen einen positionalen Fundamentalismus, der soziale Position(-ierung) mit inhaltlichen Positionen gleichsetzt. Schließlich artikuliert der Beitrag eine reflexive Ethik des Zuhörens, die sich im Forschungsprozess als Anerkennung von systematisch bedingten blinden Flecken sowie in den Mühen um deren Überwindung realisieren sollte.

Schlagwörter: Epistemologie, Ethik, Feminismus, Politik, Reflexivität, Theorie, Wissenschaft
Rubrik: Forum

Eingereicht: 26. Mai 2020
Veröffentlicht: 18. Dezember 2020

Zitationsempfehlung: Villa, Paula-Irene/Speck, Sarah (2020): Das Unbehagen mit den Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. In: Open Gender Journal (2020). doi: 10.17169/ogj.2020.141.

DOI: https://doi.org/10.17169/ogj.2020.141

Creative Commons Attribution 4.0 International

Paula-Irene Villa und Sarah Speck

Das Unbehagen mit den Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik

Paula-Irene Villa: Bei der Debatte um die Rolle der Wissenschaft in der Öffentlichkeit, die in den letzten Jahren in verschiedenen Kontexten verstärkt geführt wurde, tauchte eine Frage öfter auf, und das ist jene nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Die Geschlechterforschung wurde dabei von unterschiedlichen Akteur*innen immer wieder als Beispiel einer *zu* politisierten Wissenschaft ins Feld geführt – einerseits von Akteur*innen, die dies zum Zwecke der Diffamation tun und mit dem Versuch der Diskreditierung der Gender Studies wie aller Politiken der Gleichstellung bestimmte politische Ziele verfolgen (u.a. Hark/Villa 2015; Kuhar/Paternotte 2018; Walters 2019), andererseits aber auch innerhalb der Wissenschaft selbst (u.a. Hirschauer 2003). Formuliert wird, dass die Gender Studies oder die Geschlechterforschung sich zu sehr als Politik oder als politische Praxis verstehen und zu wenig die Differenz zur Wissenschaft wahren würden. Über diese Kritik und das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik, das die Wissenschaft ohnehin seit jeher begleitet, nochmal am konkreten Fall und im Feld der Gender Studies nachzudenken, erscheint uns lohnenswert – auch, um auf die Ambivalenzen einzugehen, die in der Spannung von Wissenschaft und Politik liegen und die innerhalb der Frauen- und Geschlechterforschung von Beginn an Gegenstand der Auseinandersetzung waren. Wir wollen in diesem Gespräch das Verhältnis nochmal ausloten, insbesondere auch, um der fundamentalisierten, Entweder-oder-Rhetorik zu entkommen, die die öffentlichen Debatten derzeit beherrscht. Wir wollen also Nuancen ausleuchten und auf die unbehaglichen Ambivalenzen eingehen, die in der Spannung von Wissenschaft und Politik liegen.

Sarah Speck: Dabei teilen wir beide ja tatsächlich ein Unbehagen angesichts der Weise, in welcher das Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik in der Geschlechterforschung zum Teil bearbeitet wird. Das heißt, dass wir zum einen kritisieren, wenn im öffentlichen Diskurs die Gender Studies als Aktivismus oder „Identitätspolitik" abgetan werden, zum anderen aber auch, dass in unserem Feld – und damit meine ich das weite und vielfältige Feld der geschlechtsbezogenen Forschung, das heißt der Gender, Queer- und Trans*-Studies, inklusive der intersektionalen, post- und dekolonialen

Perspektiven darin – zu wenig Auseinandersetzung über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik stattfindet und vielerorts die Differenz kassiert wird. Wir wollen, um das Anliegen des Gesprächs vorweg schon zu nennen, versuchen, eine differenzierte Position zu formulieren, die sich auf der einen Seite weder gemein macht mit einer naiv szientistischen Haltung, welche die Situiertheit von Wissenschaft und Wissen und die gesellschaftlichen Auswirkungen akademischer Wissensproduktion (und damit ihre ethisch-politische Verantwortung) ignoriert und somit selbst zur Ideologie wird, die auf der anderen Seite aber auch nicht jenen Bestrebungen folgt, Politik und Wissenschaft einfach in eins fallen zu lassen. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn Kolleg*innen oder Studierende zwischen Universitäts- und aktivistischem Bildungsseminar keinen Unterschied machen, wenn die Auswahl von Texten einzig von ihrer politischen Dienlichkeit geleitet wird oder etwa auch, wenn Forschung in diesem Feld so angelegt wird, dass Fragen und Kategorien umstandslos vom Aktivismus übernommen werden können. Ich finde es problematisch, wenn Wissenschaftler*innen ihre akademische Arbeit im Wesentlichen als politische Praxis verstehen – übrigens auch, weil dadurch eine (politische!) Distanznahme zu ihrer Lohnarbeit untergraben wird. Und ich finde es heikel, wenn Wissenschaft an spezifischen Nützlichkeitskalkülen gemessen wird, egal von wem. Es ist umgekehrt allerdings auch problematisch, wenn so getan wird, als sei Wissenschaft vom Politischen total unberührt. Die verschiedenen Facetten dieses Zusammenhangs werden wir ja noch weiter beleuchten. Wir beide halten an einer Differenz von wissenschaftlicher und politischer Praxis fest – und das betrifft auch, aber nicht nur die Frage der Erkenntnisgenerierung und der Vermittlung von Wissen. Zugleich wollen wir die wechselseitige Verflechtung beider Logiken, also politischer und wissenschaftlicher Praxis, reflektieren. Was genau ‚wissenschaftlich' und ‚politisch' meint, müssen wir dabei noch genauer beleuchten – sonst gelingt auch eine Grenzbestimmung nicht. Vielleicht noch als letzte Vorbemerkung: Uns beiden erscheint das Ausloten einer solchen differenzierten Position, wie wir sie hier zur Diskussion stellen wollen, auch deshalb als wichtig, weil wir ‚uns' als Geschlechterforscher*innen offensiver in der gegenwärtigen komplizierten politischen Gemengelage, zu der ja auch eine lauter gewordene Wissenschaftsfeindlichkeit gehört, positionieren möchten. Dabei haben wir beide im Einzelnen auch unterschiedliche Blickwinkel – oder uns sind verschiedene Argumente in der Debatte um dieses Spannungsfeld wichtig.

Paula-Irene Villa: Vielleicht lohnt es sich, in einem ersten Schritt beide Haltungen zur Wissenschaft, auf die Du Dich gerade bezogen hast, nochmal zu explizieren. Zunächst gilt es dabei anzuerkennen, dass ‚die' Wissenschaft faktisch verschiedene Grade der Distanz zur gegebenen Routine des Alltäglichen aufweist. Anders und etwas schematisch gesagt: Zwischen ‚Grundlagenforschung', die alles in Frage stellt – auch, ob 1+1=2 ist oder wie Zeit und Raum beschaffen sind oder wie soziale Tatsachen performativ konstruiert werden usw. –, und einer anwendungsorientierten Wissenschaft, die zum Beispiel Impfstoffe für bestimmte Krankheiten sucht oder Gleichstellung befördern will, herrscht ein Kontinuum. Je distanzierter von den Zwängen des alltäglichen Handelns, je entlasteter also von der lebensweltlichen Praxis, desto ‚reiner' die Wissenschaft. Das würde ich schon sagen. Zugleich aber ist auch die ‚reinste' Forschung immer und unausweichlich selber Praxis. Und zwar eine auch politisch bedeutsame, historisch gewordene, in Institutionen vollzogene Praxis. Auch die theoretische Physikerin, die allein mit Kreide und Tafel im stillen Kämmerlein brütet, vollzieht eine spezifische gesellschaftliche Praxis.

Du hast vorhin angefangen, eine Haltung zu umreißen, die zwischen Forschen, Lehren und Aktivismus keinen wesentlichen Unterschied macht. Die andere Haltung, die der reinlichen Scheidung, würde zunächst argumentieren, dass Wissenschaft in der Moderne die Form angenommen hat und den Anspruch erhebt, nichts anderes zu sein als Wissenschaft. Das bedeutet, das reine Wissen, das reine Denken zu praktizieren, ohne mit empirischen Aspekten und etwa auch politischen Fragen verstrickt zu sein. Ich halte das auch tatsächlich in gewisser Weise für richtig und wichtig: In der Moderne besteht die Aufgabe von Wissenschaft in nichts anderem als darin, Wissen zu generieren – was auch immer das jeweils heißt. Aber nicht Wissen, ‚um zu' oder nicht Wissen ‚für', sondern Wissen an und für sich. Diese Form realisiert sich am ehesten in dem, was wir ‚Grundlagenforschung' nennen, die, wie gesagt, in jeder anderen Hinsicht erst einmal handlungsentlastet ist, eben außer in Bezug auf die Forschungspraxis selbst. Das wäre idealtypisch ihre Funktion und Form. Dass die Wissenschaft in diesem Sinne also ‚frei' ist, nicht-subjektives (objektives?) Wissen zu schaffen, das ist, so würde ich formulieren, eine Realfiktion. Das meint, eine wirkmächtige, eine die Praxis leitende Fiktion. Die Vorstellung eines rein meritokratischen Rekrutierungsverfahrens im Feld, demzufolge alles über Leistung und Können und Kompetenz läuft, ist ebenfalls eine solche Realfiktion – ein notwendiges und wirksames, aber (bislang) unerreichbares Ideal. Eine Norm, um zum Beispiel mit Judith Butler zu sprechen,

die konstitutiv für die Empirie, aber nicht empirisch realisiert ist (Butler 2009, 84f.). Der Glaube nun, dass dies und nur dies Wissenschaft sei, in echt und tatsächlich, empirisch und faktisch, und dass dies ein objektives, dann zur Problemlösung geeignetes Wissen generiere, das würde ich als ‚Szientismus' bezeichnen. Das bedeutet, eine *doxische* Haltung zur Wissenschaft (Bourdieu), der für Wahrheit gehaltene Glaube also daran, dass sie objektiv so sei.

Sarah Speck: Ja, und zur kritischen Reflexion auf diese Fiktionen hat die Frauen- und Geschlechterforschung, besonders in ihren feministischen und kritischen Varianten, ganz wesentliche Beiträge geleistet. Zum einen die Kritik der Idee der neutralen Position des Wissenschaftlers – ganz bewusst männlich formuliert …

Paula-Irene Villa: … die genaugenommen gar keine Position sei – nicht eine neutrale, sondern eigentlich überhaupt keine Position …

Sarah Speck: Dagegen hat die Geschlechterforschung zu Recht betont und durch empirische Forschung gezeigt, dass diese vermeintlich allgemeine, universale, objektive faktisch als eine partikulare Position zu verstehen ist, von der aus Wissenschaft betrieben wird. Und zwar historisch eine männliche, weiße, bürgerliche, heterosexuelle, körperlich (respektive gesellschaftlich) nicht behinderte Position, in der der idealtypische Wissenschaftler, schaut man sich etwa die Produktionsbedingungen an, allein deshalb handlungsentlastet ist, weil er von bestimmten Tätigkeiten (Sorge, Familie, körperliche Arbeit etc.) freigestellt wird, die andere übernehmen. Viele Studien haben zudem gezeigt, dass diese soziale Position – bürgerlich, weiß, europäisch, männlich, heterosexuell – für die Produktion von Wissen durchaus relevant ist, in dem Sinne, dass systematisch Schieflagen, Unwuchten und blinde Flecken entstanden sind und weiterhin entstehen. Denn viele Erfahrungen und Wirklichkeiten kamen und kommen in der Forschung so gar nicht vor oder gelten als Abweichungen und Sonderheiten. In der Soziologie lässt sich das sehr gut an Vorstellungen von Arbeit oder Familie nachvollziehen.

Der zweite Argumentationsstrang, der in diesem Zusammenhang in der Geschlechterforschung formuliert wurde, ist die Kritik an der Idee einer gewissermaßen ‚reinen' Produktion von objektivem Wissen, der Idee einer Wissenschaft – oder genauer: von Wissenschaftlern –, die ohne ein normatives oder politisches Erkenntnisinteresse einfach nur forschen würden. Dies meint ja letztlich die Fiktion der neutralen Position. Wissenschaft wurde hingegen als in Machtspiele und Herrschaftsstrukturen eingewoben verstanden. Kritische Wissenschaft muss dieser Eingewobenheit

durch (Selbst-)Reflexivität begegnen. Darin besteht ja die Pointe von Haraways Verständnis einer besseren Objektivität (Haraway 1988). Die feministische Wissenschaftskritik und Wissenschaftsforschung hat dies seit Jahrzehnten in zahlreichen empirischen wie konzeptuell-theoretischen Studien herausgearbeitet. Und diese (Selbst-)Reflexivität wird in den Gender Studies immer wieder herausgefordert; etwa durch die kritische Befragung und Erweiterung von Konzepten und Methoden und die Einforderung von mehr Komplexität, aus der Perspektive der Queer-, Trans*- und Black-Studies, durch intersektionale, dekoloniale und/oder Critical-Race-Perspektiven, um nur einige Beispiele zu nennen.

Paula-Irene Villa: Und an dieser Stelle können und müssen neben der feministischen Wissenschaftskritik auch zahlreiche andere Autor*innen und Diskussionsstränge in der theoretischen, methodologischen und epistemologischen sozialwissenschaftlichen Debatte genannt werden, die für diese Reflexivität ebenso stehen: Marx ebenso wie Mannheim, Foucault ebenso wie Bourdieu haben jeweils heraus gearbeitet, wie sehr Wissenschaft – in spezifischen und vielen Dimensionen – soziale Praxis ist; unausweichlich verwoben mit Ideologien, Interessen, Institutionen. Allerdings fehlt manchmal, ich finde zum Beispiel bei Bourdieu, die nuancierte Anerkennung des *Vermittlungszusammenhangs* zwischen sozialer Position, Praxis und wissenschaftlichem Wissen. Das ist vielfach zu verkürzt, zu sehr aufeinander abgebildet. ‚Männliche Wissenschaft' wäre so eine Verkürzung.

Sarah Speck: Der Anspruch und die programmatische (Selbst-)Reflexivität kennzeichnet ja eigentlich die gesamte Theoriebildung in der kritischen Tradition. Ein wesentlicher Punkt kritischer Theorie (mit klein und groß K) liegt eben darin, auf Grundlage dieser Reflexivität das eigene Erkenntnisinteresse auszuweisen. Das hat die Kritische Theorie ebenso getan wie es die feministische Theorie tut: das Movens der eigenen wissenschaftlichen Arbeit offenlegen – nämlich die gesellschaftlichen Verhältnisse verstehen zu wollen, um sie zu verändern. Das Leiden an den Verhältnissen, an Herrschaft und Unterwerfung, ist Anstoß und Ausgangspunkt ihrer reflexiven und begrifflichen Durchdringung. Dabei wird der Anspruch, Wissenschaft zu sein und zur ‚Wahrheitsfindung' beizutragen, deshalb keineswegs aufgegeben – im Gegenteil.

Paula-Irene Villa: Ja, in gewisser Weise ist die Reflexivität aber auch schon immer genuiner Teil von Wissenschaft in der Moderne. Wie das nun aber genau gefasst ist, was daran wie normativ, wie inner- oder außerwissenschaftlich verstanden und formuliert wird, daran scheiden sich die forschenden Geister. Daraus erklären sich auch die verschiedenen *labels*

zum Beispiel in unserem Feld: Feministische Theorie ist in dieser Hinsicht dezidiert normativ-politisch perspektiviert; es gibt aber im Feld der Geschlechterforschung / Gender Studies Perspektiven, die sich davon mehr oder minder vehement abgrenzen. Aus verschiedenen, mehr oder minder guten, Gründen.

Sarah Speck: In diesem Sinne müsste man eigentlich formulieren: Wenn eine Reflexion auf die Seinsgebundenheit und auf die Produktionsbedingungen von Wissen nicht stattfindet, dann handelt es sich nicht um gute Wissenschaft. Und das beinhaltet auch eine Reflexion darauf, dass die Wissenschaft und ihre Institutionen selbst ein Feld bilden, das hochgradig durchmachtet ist. Letzteres bedeutet dabei auch, dass *im* akademisch universitären System auch politisch gehandelt wird und Interessen durchgesetzt werden. Das heißt, es gibt Auseinandersetzungen über die Bedingungen von Wissensproduktion, über Ressourcen, über Arbeitsverhältnisse, Ausbeutungsstrukturen, Hierarchien, Abhängigkeiten …

Paula-Irene Villa: … und über Exklusionsmechanismen. Ganz zentral ist doch die Frage, wer überhaupt Subjekt von Gewicht in der Wissenschaft werden kann. Wer überhaupt legitimerweise diese Subjektposition, um es so poststrukturalistisch zu formulieren, verkörpern darf, wer anerkennbar Wissenschaftler*in wird. Das ist so trivial, dass eine Bildersuche im Internet zum Stichwort „Professor" auch gegenwärtig immer noch vor allem das Bild des weißen, oft bärtigen (oder schrulligen) älteren Mannes im Laborkittel aufruft. Das bedeutet nur eben auch, dass Menschen, die so nicht aussehen, als ‚Andere' markiert sind, und legitimerweise nicht Wissenschaftler oder Wissenschaft ‚sein' können. Das gilt historisch und für die rassifizierte koloniale Struktur der Moderne bis heute. Die ‚Anderen' bleiben markiert, als Die Frau oder Der Schwarze, Der Schwule usw. Sie (wir) sind ‚Outsider', weniger geeignet, das Fachliche, das Wissen, die Wissenschaft, die Sache also, zu verkörpern – vielmehr dazu genötigt, eine Identität, eine Besonderheit, eine Gruppe zu verkörpern. Professorinnen werden eher als Frauen adressiert, während Professoren als neutrale Vertreter des fachlich Allgemeinen wahrgenommen werden. Das ist durchaus eine kulturelle normative Textur, die das Feld der Wissenschaft prägt. Mir ist dabei, womöglich anders als anderen, aber auch wichtig, dass Macht, Autorität und Hierarchien, womöglich gar Exklusion, zum Feld dazu gehört. Eine Wissenschaft zu wollen, die ‚machtfrei' wäre, scheint mir nicht sinnvoll. Auch naiv. Wissenschaft ist keine basisdemokratische Veranstaltung, sollte sie auch nicht sein. Nicht alle können Wissenschaft, nicht jede*r muss dabei sein. Allerdings ist die Frage zentral, worauf sich Macht

und Hierarchien im Feld der Wissenschaft stützen, was sie legitim macht, wie Macht und Positionen verteilt werden. Alles jenseits von Meritokratie ist ein Problem – ein sehr reales, systematisches.

Sarah Speck: Macht-Mechanismen finden sowohl auf dieser symbolischen, repräsentativen Ebene als auch gewissermaßen auf der materiellen Ebene statt, etwa wenn es um die Frage geht, wer die Posten bekommt.

Paula-Irene Villa: Ja, das bedingt einander, das ist nicht unabhängig.

Sarah Speck: Und die Auseinandersetzungen über diese Struktur des Feldes – wer macht Abschlüsse, wer kommt in welche Positionen, wer fällt raus – sind, um zurück zu unserer Kernfrage zu kommen, politische, ebenso wie die Auseinandersetzungen über Curricula, den wissenschaftlichen Kanon, also die Frage, was gelehrt wird, welche Professuren geschaffen werden, etc. Insofern ist zum Beispiel auch die Frage, was als Qualität und Exzellenz, was als ‚Meriten' gilt, im weiteren Sinne auch eine politische.

Paula-Irene Villa: Und müsste daraus nicht genau die andere Position folgen, nämlich dass Wissenschaft doch tatsächlich letztlich *immer* Politik ist? Und dementsprechend diejenigen in den Gender Studies, die Wissenschaft im Wesentlichen als Politik verstehen, doch recht haben?

Sarah Speck: Zumal – dies wäre noch ein wichtiges Argument auf Seiten derjenigen, die diese Position vertreten, – insbesondere die Frauen- und später die Geschlechterforschung ja ohne die Nähe zu politischen Bewegungen gar nicht zu denken ist: Das Feld (und später das Fach) selbst sind ja aus der feministischen Bewegung entstanden und haben ganz wesentliche Impulse in der Wissensgenerierung aus der politischen Praxis bekommen. Bestimmte Wissensbestände sind damit gerade nicht vor allem im wissenschaftlichen Kontext entstanden bzw. nicht allein dort, sondern wesentlich auch in politischen Auseinandersetzungen. Und zur Entlarvung des ideologischen Charakters vermeintlich meritokratischer Strukturen oder bestimmter angeblich ‚rein fachlicher' Fragen und Paradigmen haben zum Beispiel feministische Perspektiven wesentlich beigetragen.

Paula-Irene Villa: Diese Nähe von (Geschlechter-)Forschung und (feministischer) Bewegung ist nicht zu bestreiten und zeichnet unser Feld ja auch aus. Sie hat auch wesentliche inhaltliche Qualitäten. Und dennoch plädieren wir beide für eine (erneute) Notwendigkeit der Differenzierung, für eine Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Politik – und damit für eine Fortsetzung oder Vertiefung einer Diskussion. Dafür müssen wir die jeweilige Logik und Spielregeln der beiden Felder verstehen. Mit Luhmann etwa könnte man Politik verstehen als eine gesellschaftliche Logik, die für und mit anderen bestimmte kollektiv bindende Entscheidungen

herbeiführen will und deren Leitunterscheidung ‚Macht' ist (Luhmann 2000). Wissenschaft ist demgegenüber eher die Logik, die wissen will – Luhmann zufolge geht es um Wahrheit unter Ausschluss von Unwahrheit (Luhmann 1990). Mit Luhmann (oder anderen) bedeutet das: Wissenschaft und Politik (soziale Bewegungen zum Beispiel) sind aufeinander bezogen, aber sie sind nicht eins. Der *Vermittlungszusammenhang* ist entscheidend. Da finden Missverständnisse und Brüche statt, ebenso differenzierte Kontroversen und Übersetzungsprozesse. Das ist seit Jahrzehnten so, und zwar in sehr produktiver, aber auch bisweilen schmerzhafter und polemischer Weise (siehe u.a. Hirschauer/Knapp 2006). Die Entwicklung der (zunächst) Frauen- und (dann) Geschlechterforschung ist ja durchzogen von eben diesen Debatten über Nähe und Distanz von Wissenschaft und Politik; im deutschsprachigen Raum hat sich unmittelbar nach den Mies'schen methodischen Postulaten 1978 bekanntlich eine heftige Kontroverse darüber entfacht.

Sarah Speck: Ja, in einem (etwas später erschienenen) Text, der sich auch intensiv mit den Mies'schen Postulaten auseinandersetzt, die ja eine ganz starke Orientierung an der feministischen Bewegung fordern, hat Wohlrab-Saar (1993) vor Entdifferenzierung und Reflexivitätsverlust gewarnt. Ebenso auch die Texte von Regine Gildemeister (1992; 1992) und von Carol Hagemann-White (1988), die sich gegen ein zu alltagsnahes oder zu politisch präformiertes Verständnis von ‚Frau' oder Geschlecht wandten. Sie zielten auf mehr Distanz zum Alltagsverständnis und auch auf mehr Distanz zu vermeintlich klaren politischen Erwartungen an die Forschung. Vielleicht ließe sich formulieren, dass die Wissenschaft in ihrer Suche nach ‚Wahrheit' – einer der vielen schwierigen Begriffe in dieser Debatte – primär der Logik der Differenzierung folgt; Politik hingegen sucht mit dem Ziel der Herbeiführung von Entscheidungen nach Gemeinsamem über Differenzen hinweg und in ihrer Machtorientierung nach Interessens-Bündnissen. Auch wenn feministische Wissenschaft, d.h. feministische Forschung und Theorie, und feministische Bewegung das gleiche Ziel verfolgen – und die feministische Wissenschaft legt ihr emanzipatorisches (Erkenntnis-)Interesse, die Abschaffung von Herrschaft, Gewalt und Ausbeutung, ja gerade offen –, so ist das unmittelbare Praxisanliegen erstmal ein anderes: In der Bewegung geht es um die Herstellung von konkreter Handlungsfähigkeit, um Solidarisierungen, das gemeinsame Erkennen von Betroffenheit, um Bündnisse trotz unterschiedlicher Lebens- und Problemlagen, um Möglichkeiten des Eingriffs. In der Wissenschaft geht es erst einmal nur um Erkenntnis, um das Generieren von Wissen und vielleicht auch unbequemen

Wahrheiten im Versuch des Verstehens, wie ‚die Welt' oder das Soziale, wie unsere Gesellschaft – und damit auch: wie Herrschaft – funktioniert. Das zeigt sich ja etwa in den Debatten um Frauen als „Täterinnen" oder normative Komplizinnen.

Paula-Irene Villa: Oder auch in der epistemologischen und empirischen Unmöglichkeit, von ‚Frauen' als A priori zu sprechen.

Sarah Speck: Genau. Um zu verstehen, wie die Geschlechterordnung funktioniert, musste unter anderem aufgedeckt werden, auf welche Weise in der heterosexistischen und heteronormativen Ordnung Männer und Frauen als solche hervorgebracht werden und auf welche Weise sie – in ihrer spezifischen sozialen Position – an der Aufrechterhaltung dieser Ordnung teilhaben. Mechanismen sozialer Reproduktion zu verstehen, gibt einem das Werkzeug in die Hand, um sie dann in einem nächsten Schritt – und das wäre der politische Schritt – verändern zu können. Darauf freilich kommt es an, so das vielzitierte Marx'sche Postulat.

Paula-Irene Villa: Ja, das ‚um zu' ist eben der Knackpunkt …

Sarah Speck: Das ‚um zu' ist, so würde ich sagen, nicht mehr Teil der wissenschaftlichen Arbeit.

Paula-Irene Villa: Aber ist das nicht genau die Frage, wo dieses ‚um zu' angesiedelt ist? Auf diese Weise sprachlogisch formuliert wird ein Wissen generiert, *um* zu enttarnen, *um* aufklärerisch zu sein, *um* die Welt zu verändern, *um* die Expertise dafür bereitzustellen. Aber an welcher Stelle ist dieses ‚um zu' eingelassen? Und ich würde behaupten, wenn man einer solchen Um-zu-Formulierung oder Vorstellung folgt, dann ist dieses Ziel in die wissenschaftliche Arbeit mit eingelagert. Das halte ich für machbar, aber nicht in einem naiven Sinne. Klar kann Wissenschaft, etwa in ‚anwendungsaffinen' Bereichen einer Um-zu-Form folgen, zum Beispiel deskriptive Daten an Unis generieren, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erlangen. Oder Einsichten in den Zusammenhang von Gewalt und Geschlecht, Migration und Geschlecht, Religion und Geschlecht usw. – um bessere *policy* zu machen, die sich der Probleme annimmt, die sich in diesen Zusammenhängen zeigen. Kein Problem. Zunächst. Allerdings zeigt die Forschung, auch die deskriptive Forschung, die sich als ‚reine Abbildung' einer gegebenen Realität versteht, immer und unweigerlich, dass die Dinge recht komplex, kontextspezifisch, dynamisch sind. Sie wirft immer neue Fragen auf, verweist auf Nicht-Wissen, auf Unsicherheit, dynamische Komplexität und Vorläufigkeit. So machen zum Beispiel nicht alle Männer Karriere an den Unis, nicht alle Frauen sind (gleichermaßen) von

Gewalt betroffen, es gibt viel mehr als nur zwei binäre Geschlechtlichkeiten – was sich genau auch in solchen empirischen Feldern unmittelbar zeigt, z. B. wenn Menschen genau deshalb Gewalt erleben, weil sie ‚falsch' weiblich oder männlich bzw. weder noch sind. Kurzum: Die differenzierte Forschung zeigt, dass die empirischen Wirklichkeiten selbst differenzierter sind, als es Policy-Vorhaben oder auch politischer Aktivismus vielfach meinen.

Das muss kein Problem sein, das muss einander nicht wechselseitig relativieren. Wichtig ist aber doch zu wissen, in welchem Genre und Register wir sprechen. Ich halte es mit Judith Butler, die so gut formuliert hat: „Der Feminismus braucht die Frauen, aber er muss nicht wissen, wer sie sind" (Butler 1993, 10). Was damit gemeint ist, ist, dass politisch relevante Kategorien strategisch wichtig und richtig sind – wir sie aber nicht für die ganze empirische und konzeptuell tragfähige Wahrheit halten sollten, und wir sollten auch deren Infragestellung nicht für das Ende der Politik halten. Ebenso wenig sollte die Wissenschaft, wenn sie auf Komplexitäten, Kontingenzen und Kontexte verweist, meinen, dass dies 1:1 politisch wirksam werden kann oder sollte. Die Übersetzung zwischen diesen Logiken finde ich nicht nur wichtig, sondern extrem interessant. Ich schreibe daher auch oft von ‚Frauen', auch im Politischen. Das verweist auf die Uneigentlichkeit im gleichwohl verobjektivierten Faktischen (vgl. Villa 2017).

Sarah Speck: Ich verstehe dieses ‚um zu' oder ‚um dann' gewissermaßen als Abfolge unterschiedlicher Modi, dem Modus des Wissenschaftlichen und des Politischen. Die Überlagerung beider produziert unter anderem das Problem, dass in sich als besonders ‚kritisch', im Sinne von ‚politisch' gerierenden Studien mitunter subsumptionslogisch vorgegangen wird und durch eine unkritische Orientierung am Aktivismus gewissermaßen schon vorne klar ist, was hinten rauskommen soll. Fraser hat mal betont, dass die kritische Theorie den Teilnehmer*innen an sozialen Kämpfen das erste Wort gebe, aber nicht das letzte (Fraser 1994, 173). In Horkheimers Versuch der Bestimmung einer Kritischen im Gegensatz zur „Traditionellen Theorie" schreibt er von einer „dynamischen Einheit" von Theorie und Praxis, die „nur als Konflikt" bestehen könne (Horkheimer 1988, 189f.). Beides finde ich ganz hilfreich für diesen Zusammenhang, wie auch Adornos „Marginalien zu Theorie und Praxis" (1969). Das ‚um zu' darf die wissenschaftliche Arbeit im Sinne eines offenen Prozesses aus meiner Sicht nicht verbauen. Ein Versuch, das noch einmal zu sezieren: Ich sag jetzt mal, ‚wir' als feministische oder queer-feministische Forscher*innen haben ein Erkenntnisinteresse, das ein kritisches dahingehend ist, dass es, ausgehend von

einem Leiden an der Welt und daran, wie sie eingerichtet ist, diese verändern will. Das motiviert die Forschung, ist der Motor gewissermaßen. Dieses Erkenntnisinteresse leitet in der Regel auch die Forschungsfrage und die methodologische Reflexion und hat Einfluss auf die Begriffs- und Theoriebildung – etwa mit Blick auf die Frage, auf welche Weise sich mein Augenmerk auf Herrschaft und Macht richtet. Dieses Erkenntnisinteresse gilt freilich nicht für alle im Feld – einige würden sich ja dezidiert nicht als (queer-)feministisch bezeichnen. Doch auch die wissenschaftliche Analyse derer, die ihr gesellschaftskritisches und politisches Interesse ausweisen, muss offen sein, und natürlich auch offen für das Ergebnis. Sie sollte, gerade weil sie darauf zielt, die Gesellschaftsordnung zu begreifen, genau und methodisch kontrolliert vorgehen (das beinhaltet in der Regel auch einen kollektiven und/oder Diskussionsprozess) und sich eben dadurch auch dem Vorwurf des Relativismus verwehren können. Für den Prozess des Forschens bedeutet das aus meiner Sicht auch, den Versuch, sich – im Sinne eines regulativen Ideals – von (politischen) Interessen frei zu machen oder vielleicht besser: zu versuchen, das eigene Sichtfeld nicht durch eine bestimmte politische Perspektive zu begrenzen, zum Beispiel dahingehend, dass nur bestimmte Fragen an das Material, Forschungsfeld und -gegenstand gestellt werden dürfen oder nur ein bestimmtes Repertoire an Konzepten verwendet werden dürfte; es geht um die, um das Stichwort nochmal aufzugreifen, handlungsentlastete Erarbeitung möglichst präziser Analysen und Begriffe. Das ‚um zu' verweist auf die Frage, die sich gewissermaßen danach stellt und die eigentlich einen neuen, politischen Modus des Denkens eröffnet: Wenn wir dies nun meinen, durch unsere Analysen über ‚die Gesellschaft' verstanden zu haben – wie kann sie verändert werden? Es geht um einen anderen Modus des Denkens und des Sprechens. Und dieser ginge dann auch damit einher, sich in kollektive *politische* Prozesse einzubringen. Man würde dann, um den Gedanken Frasers weiterzuspinnen, das Wort wieder den sozialen Bewegungen geben – von denen ‚wir' ja ebenso Teil sein können (und vielfach auch sind). Als kritische Wissenschaftlerin kann ich mich selbstverständlich in beide Modi begeben (und viele von uns tun ja genau das). Ich kann forschen und ich kann mich als politisch Handelnde, als Aktivist*in in politische Zusammenhänge und/oder auf Basis meiner Forschung als engagierte Intellektuelle, als Wissenschaftler*in in die gesellschaftliche Debatte einbringen. Aber wohl wissend, dass ich mich dann in einen anderen Modus des Sprechens begebe – und dies möglichst auch sichtbar mache. Nämlich in den Modus des Politischen und in die Öffentlichkeit.

Paula-Irene Villa: Das erscheint mir tatsächlich auch sehr wichtig, beinhaltet aber auch eine Reflexion wiederum auf die privilegierte Position, die eine*r dann einnimmt und die sich auch ausschließlich aus diesem ‚woanders' in Anführungszeichen her generiert, nämlich von der Forschung, von der Wissenschaft, *um dann zu* übersetzen – aber eben *von dieser Position aus* zu intervenieren.

Sarah Speck: Ja. Man muss sich der eigenen Machtposition als Wissenschaftler*in gewahr sein, aber eben auch, dass Wissenschaft ein anderer Modus des Sprechens ist. Und dass in dem einen oder anderen Modus natürlich auch unterschiedliche Texte produziert werden: Schreibe ich eine wissenschaftliche Analyse oder schreibe ich einen politischen Essay, mit dem ich in eine Debatte intervenieren will? Wenn wir den Unterschied nun auf diese Weise zu fassen versuchen, wenn wir sagen, es handelt sich um verschiedene Modi des Denkens, Schreibens und Sprechens, die unter unterschiedlichen Voraussetzungen operieren – als regulative Ideale verstanden: Wissenschaft differenziert und sucht nach Erkenntnis, Politik verfolgt Interessen, zielt auf Handlung und sucht nach Bündnissen. Dann bedeutet das natürlich dennoch, dass es personell, lebensweltlich und biografisch selbstverständlich immer Überschneidungen geben wird. Und dass man sich auch an den Universitäten in beide Modi begeben kann: Es tun sich politische und wissenschaftliche Fragen auf. Die unterschiedliche Logik der beiden Felder oder Modi des Sprechens und der Generierung von Interpretationen und Konzepten herauszustellen ist aber doch wichtig. Und zwar nicht nur im Sinne der Wissenschaft(lichkeit), sondern auch im Sinne der Politik.

Paula-Irene Villa: In meiner Forschung, in meinem Denken, in meiner Haltung als Wissenschaftlerin ist diese Logik des Differenzierens sehr präsent. Und die politische Logik, dass bestimmte Differenzen, Differenzierungen zunächst übersehen oder verflacht werden, um Solidaritäten zu errichten, um Gemeinsamkeiten herzustellen, um effektiv und sichtbar zu sein, scheitert immer wieder auch an sich selbst. Und dies, paradoxerweise, zum Teil in sehr erfolgreicher Weise – die Frauenbewegungen und feministischen Bewegungen sind dafür ein hervorragendes Beispiel. In ihrem Anliegen, Gesellschaft und individuelles Leben zu verbessern, mehr Gerechtigkeit herzustellen, auf Missstände aufmerksam zu machen und mit dem Gang durch die Institutionen zu ihrer Überwindung beizutragen, haben sie sehr viel erreicht. Allerdings zu dem Preis, sich selbst in Frage stellen zu müssen – wenn man das denn als Preis bezeichnen möchte –, immer wieder konfrontiert zu sein mit dem Vorwurf, eben nicht von allen Frauen (‚der

Frau') oder nicht von allen unter den Verhältnissen leidenden Menschen zu sprechen. Eben dort nehmen Butlers Texte in den 1990ern und viele andere auch ihren Ausgangspunkt: an der scheinbar universalen Kategorie Frau, die empirisch ja überhaupt nicht stimmt, an ihrer vermeintlichen Klarheit in der politischen Praxis, ihrer vermeintlichen Ontologie, ihrer vermeintlichen *all-inclusiveness*. Denn, das zeigt die Geschichte aller Frauenbewegungen, das Subjekt ‚Frau' ist eben nicht einfach da, sondern wird immer wieder neu befragt und anders verstanden: Ist das eine biologische Kategorie? Eine rein erfahrungsbezogene? Wer definiert das? Wer wird von welchen Kategorien in welcher Weise gemeint, wer ausgeschlossen? Anders als viele meinen, ist diese Frage keineswegs eine ‚postmoderne' (*whatever that is*) oder gar eine idealistische Spinnerei, die da im Elfenbeinturm der Gender Studies gesponnen wird. Bekanntlich fragte ja schon Sojourner Truth 1851 „Ain't I a woman?", als (ehemalige) schwarze Sklavin im Vergleich zu den wohlhabenden, bürgerlichen weißen Frauen der Frauenwahlrechtsbewegung der USA. Was ist mit ‚*race*', was mit der schweren Arbeit und den Schmerzen durch die Peitsche, was ist mit dem Zwang, die Kinder zu verlieren? Dies sind zu der Zeit alles angeblich ‚unweibliche' Wirklichkeiten und Erfahrungen. Diese Infragestellung der Kernkategorie aus biosozialen, erfahrungsgesättigten Positionen heraus, das ist ein Element der gesamten Geschichte feministischer/Frauenbewegungen, bis heute. Und übrigens weit darüber hinaus. Auch im Kontext queerer Bewegungen, von Behindertenbewegungen usw., in allen sozialen Bewegungen, die auf einem Subjekt basieren, das befreit (oder anerkannt, legalisiert, normalisiert) werden soll, spielt die Prekarität der Kernkategorie eine entscheidende Rolle. Dies nun generiert eine Differenzierungsproblematik, die im Politischen auch lähmend oder zerstörend sein kann. Im Wissenschaftlichen ist es aber genau das, was wir sehen, wenn wir uns wirklich differenziert auf diese empirische Welt einlassen. Der Schwule, die Behinderte, der Arbeiter, die Frau – das sind Abstraktionen, die sich empirisch verflüchtigen, die aber im Politischen real und wirksam sind.

Sarah Speck: Absolut. Und in diesem Sinne könnte gerade anhand der Beispiele, die Du nennst, also der Debatten innerhalb feministischer Bewegungen und der Interventionen von Schwarzen Frauen, aus dem Kontext queerer Politiken oder der „Krüppelbewegung" (die eine spezifische Strömung der 1970er und 1980er Jahre bildete) argumentiert werden, dass die Auseinandersetzung um Differenziertheit und die Kritik an der vermeintlich einheitlichen ‚Subjektposition Frau' den politischen Bewegungen selbst entsprungen sind und etwa auch das intersektionale Denken

in den Bewegungen ihren Ausgangspunkt nahm und die Frauen- und Geschlechterforschung von dort aus gedrängt wurde, komplexer zu werden. Genau das verweist auch erneut auch auf die Verwobenheit von akademischer und bewegungspolitischer Theoriebildung, die gerade die Gender Studies auch so interessant machen und die eine Trennung zwischen Wissenschaft und Politik auf den ersten Blick aussichtslos erscheinen lässt. Und es unterstreicht – das finde ich auch sehr wichtig bei unserem Versuch der Unterscheidung beider Felder herauszustellen – dass Aussagen und Analysen in politischen Kontexten selbstverständlich ‚wahrheitsfähig' sind. Es werden so viele kluge Texte im Kontext sozialer Bewegungen geschrieben und es gibt fantastische und wahnsinnig erhellende aktivistische Forschung! Doch es sind unterschiedliche Formen der Wissensproduktion. Das Wissen wurde mit unterschiedlichen Mitteln und teils ja ganz bewusst ohne methodische Distanznahme, unter unterschiedlichen Bedingungen und z.T. auch mit unterschiedlichen Zielen generiert. Die Reflexion auf diese Bedingungen erscheint mir wichtig. Mein Unbehagen, wenn Kolleg*innen keinen Unterschied machen zwischen Aktivismus und Wissenschaft hat an dieser Stelle aber auch noch einen weiteren Grund, und der liegt in der Verschleierung des Nutzens, der daraus gezogen wird. Ich fand das ganz plastisch in einer spannenden Diskussion mit zwei Aktivist*innen aus dem Kontext der Streikbewegung in Argentinien. Beide waren in der Bewegung aktiv, eine von ihnen hat akademisch viel dazu publiziert. Die andere berichtete von den spannungsreichen Auseinandersetzungen in ihren politischen Zusammenhängen über die Frage, wer eigentlich das Recht zur Interpretation über die gemeinsame Praxis ‚bekommt', wer in der lesenden Öffentlichkeit (als Einzelperson!) gehört wird und auf Basis des kollektiv erarbeiteten Wissens Karriere machen kann. Ich finde, dass in der Reflexion auf die Differenz beider Felder – und zum Beispiel auf die individualisierende Logik wissenschaftlicher Textproduktion, die das Phantasma der Allein-Autor*innenschaft fortschreibt, – auch die Möglichkeit (und Notwendigkeit) liegt, sich über genau diese Fragen zu verständigen. Das beinhaltet auch eine schonungslose Ehrlichkeit sich selbst gegenüber. Und das schließt ja auch an die von Dir vorhin betonte Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der privilegierten Situation als Wissenschaftlerin an.

Paula-Irene Villa: Ja, da stimme ich Dir zu. Anknüpfend an die Intersektionalitätsdiskussion möchte ich an dieser Stelle noch ein weiteres Unbehagen angesichts einer ebenfalls verbreiteten Überblendung ansprechen, die mit dem bisher Angesprochenen zu tun hat. Ich meine die Gleichsetzung

oder das Aufeinander-Abbilden von sozialer Position/Positionierung und Standpunkt – die Frage des Verhältnisses zwischen beiden bildet ja einen ganz wichtigen Referenzpunkt, sowohl empirisch wie konzeptuell-theoretisch und politisch in der feministischen Tradition. Was man gegenwärtig immer wieder antrifft, ist die Gleichsetzung von sozialer Position, wie wir sie vor allem auch seit Bourdieu ausbuchstabieren, mit inhaltlicher Position: also als Frau, weiß, Mittelschicht usw. positioniert zu sein und dadurch auch angesprochen zu werden als Person, die etwas Bestimmtes verkörpert. Und dann, was gesagt wird, als weiße, weibliche Mittelschichtsposition zu lesen oder zu hören. Geschlussfolgert wird also eine spezifische Identität, die aus dieser Position hervorgehe, und eine bestimmte inhaltliche Position, etwa ‚weiß' zu denken. Ich nenne das positionalen Fundamentalismus. Damit einher gehen oftmals sehr verflachte Diskussionen um Privilegien, die Herrschaftskritik auf den Willen und die (oftmals nur rhetorische) Praxis einzelner Personen verkürzt. Das „check mal Deine Privilegien" ist keine per se falsche Forderung oder Form, aber wenn sich Ungleichheits- und Herrschaftskritik darin erschöpft, eine Art voluntaristische Selbstkritik zu formulieren, dann ist das nicht nur problematisch, sondern unter Umständen ideologisch. Solche Praktiken sind letztlich eine Form neoliberalen *empowerments*, eine Verdünnung von Sozialkritik auf eine subjektive Form. Dazu hat Ulrich Bröckling erhellende Arbeiten verfasst (Bröckling 2003, 2008).

Dieses personalisierte ‚Privilegien-Checken' ist inzwischen zu einer geläufigen Trope in der Diffamierung der Gender Studies geworden: als dürfe in den Gender Studies quasi niemand mehr etwas sagen, ohne dass es Privilegienvorwürfe und Political-Correctness-Forderungen hageln würde. Das sehe ich wirklich nicht. Aber ich sehe in unserem Feld durchaus bisweilen eine Tendenz von Ad-Personam-Adressierungen. Ich kenne das auch von Tagungen her, adressiert zu werden als ‚die' weiße, cis-semi-hetero-Frau, die als solche besser zu bestimmten Themen schweigen sollte. Das finde ich falsch, wenngleich ich die ethischen und politischen Absichten und Einsichten, die damit verbunden sind, sehe, anerkenne und auch wenn ich versuche zu verstehen, von welchen Debatten und welchen politischen Bestrebungen das herkommt. Und es wäre mir auch ein Anliegen, diese nicht zu verwerfen, d.h. die Hoffnungen, das Begehren, die Kritik, die sich mit diesen, wie ich finde, autoritären Formen verbindet. Auch wenn ich die Form kritisiere, glaube ich, sie rührt aus einer durchaus richtigen Einsicht darüber, inwiefern Personen und Strukturen tatsächlich gekoppelt sind, und dies durchaus auch im Feld der Wissenschaft. Insofern sind

zum Beispiel Zuhören und Sich- zurücknehmen im Lichte eigener sozialer Positionen unbedingt wichtig und geboten. Das wäre eine reflexive Ethik des Zuhörens (auch Hark/Villa 2017). Aber der Eins-zu-Eins-Kurzschluss von sozialer Position und inhaltlicher Position ist gleichzeitig grundfalsch. Wenn ich inhaltlich spreche, tue ich das als weiße, europäische, bildungsbürgerliche usw. ‚Frau'? Oder spreche ich aus diesen sozialen Positionen als Forscherin, Soziologin? Als Jüdin und Migrantin? Als Mutter, Tochter oder Freundin? Als post-strukturalistisch geschulte, qualitativ forschende Professorin an einer großen Universität des Südens der Bundesrepublik? Als 50 plus? Als wer sprechen wir also? Was sagen wir eigentlich? Um das überhaupt zu erkennen und zu wissen, braucht es Dialog und Streit, und es braucht auch, auf gut Deutsch, (meinerseits) ‚Mund halten und zuhören', das auch, ohne dafür diskreditiert zu werden. Also, eine Form der Auseinandersetzung, die auch das Zuhören ernst nimmt. Ich glaube, das könnten wir alle noch besser. Ich sicher.

Sarah Speck: Das finde ich sehr gut, dass Du diese Aspekte nochmal einbringst. Und das berührt ja mindestens zwei Fragen unserer bisherigen Diskussion zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Zum einen die Frage struktureller Ausschlüsse, über die wir schon gesprochen haben, und vielfach wird ja deshalb *ad personam* gesprochen, weil man die Fragen, wer spricht, wer Zugang hat und wer eben gerade nicht gehört wird etc., ganz konkret in Personen verkörpert sieht. Aber die moralische Verurteilung konkreter Personen entlang von Privilegien in solchen, wie Du sagtest, autoritären Formen kann nicht die richtige Antwort auf dieses Problem sein, das sehe ich auch so. Zum anderen berührt es die Frage des privilegierten Erkenntnisstandpunktes. Das Argument, dass bestimmte Menschen zu bestimmten Fragen – etwa diskriminierenden Mechanismen, von denen sie selbst nicht betroffen sind, oder Erfahrungswelten, die sie selbst nicht teilen, – schweigen sollten, geht davon aus, dass es bei der Frage, wer welche Position bekommt und Wissenschaft überhaupt betreibt, ganz zentral auch darum geht, welches Wissen produziert wird. Letzteres ist grundsätzlich zweifelsohne richtig und die Frage der Standortgebundenheit von Wissen oder ‚Seinsgebundenheit', mit Mannheim (1929), oder ‚Situierung', mit Haraway (1988) gesprochen, würden wir beide ja ganz klar bejahen, oder? Die Frage eines privilegierten Erkenntnisstandpunktes insgesamt ist aber sehr viel komplizierter, sowohl mit Blick auf jene, die klassischerweise als ‚die Unterdrückten' bezeichnet wurden – haben diese einen privilegierten Zugang zum Verständnis der herrschenden, vermachteten Verhältnisse?, – als auch mit Blick auf die Wissenschaft: Besteht eine epistemische

Asymmetrie zugunsten der Wissenschaft? Und diese Fragen sind für das Verhältnis zwischen politischen Bewegungen und akademischer Wissensproduktion sehr relevant. Auch hier gibt es gute Argumente auf beiden Seiten. Auf der einen Seite kann man sagen, dass diejenigen, die Herrschaft am eigenen Leib erfahren, ein sehr genaues, bis hin zu eben leiblich erfahrenes Verständnis von gesellschaftlichen Strukturen haben, das diejenigen, die diese Erfahrungen nicht machen, niemals ganz einholen können. Auf der anderen Seite steht das Argument, dass die epistemisch privilegierte Position der Wissenschaftler*in sich daraus ergibt, dass sie handlungsentlastet ist, dass sie über Ressourcen verfügt – Zeit, (erarbeitetes) Wissen, Methoden und Erfahrungen in der Reflexion über ‚die Welt' – und auf diese Weise ein genaueres Verständnis entwickeln kann …

Paula-Irene Villa: … aber sie ist vielleicht genau aus dieser Struktur heraus blind für bestimmte Formen des Leids und auch für die Position, genau das nicht zu können. Marx und vielen anderen folgend führt das Privileg, handlungsentlastet zu sein, zu einer Blindheit für die eigenen materiellen Bedingungen. Die privilegierte Person kann gewissermaßen gar nicht sehen, wie sehr ihre Position auf der Ausbeutung, den materiellen Bedingungen anderer und damit der Verbundenheit mit dem Sozialen weit über die eigene Position hinaus basiert.

Sarah Speck: Die Tatsache, dass Wissenschaft bedingt handlungsentlastet ist, wie wir zu Beginn des Gesprächs sagten, ist sozusagen ihre Ressource und zugleich ihre Achillesferse. Diejenigen, die nicht ‚handlungsentlastet' sind, die täglich in einer ausbeuterischen und brutalen Welt handeln müssen, wissen manchmal mehr, etwa in dieser Weise wurde ja überzeugend von Vertreter*innen der *standpoint epistemology* argumentiert (u.a. Medina 2013). Und das Privileg der Handlungsentlastung ist zudem strukturell ungleich verteilt, auch das wissen wir. Aktuell, im Kontext der Corona-Pandemie, um nur einen von vielen in diesem Kontext relevanten Aspekten zu nennen, zeigt sich erneut und verschärft, wie ‚Care' als Lebenspraxis zu genau diesen Tätigkeiten gehört, von der manche mehr, andere sehr viel weniger absehen können. Das betrifft die Wissenschaft unmittelbar. Mehr Homeoffice und Homeschooling bedeutet weniger wissenschaftliche Produktion für Menschen, die sich in Sorgeverantwortung sehen.

Paula-Irene Villa: Aber all die Punkte zeigen doch nochmal, wie spannend diese Frage ist. Ich denke, es trifft nicht zu, dass bestimmte Personen oder Positionen eine privilegierte Erkenntnisposition ‚haben' und schon gar nicht zwangsläufig – denn an sich ausgebeutet zu sein ist noch keine Analyse für sich. Umgekehrt hat auch ‚die Wissenschaft' nicht den privilegierten

Zugang zur Welt, sondern allein in der dynamischen Auseinandersetzung von Personen mit diesem Feld – es kommt wie immer darauf an, was daraus gemacht wird. Und das ist nicht etwas, über das wir allein verfügen. Hier zeigt sich erneut, dass weder die idealistische Idee einer autonomen Person hilfreich ist, die, frei nach Kant, für sich entscheidet, mündig mit der Welt umzugehen, noch die Vorstellung einer sich einfach vollziehenden sozialen Struktur, ohne dass da Personen an konkreten Verhältnissen beteiligt wären. Vielmehr ist es die *Praxis*, um zum Beispiel mit Bourdieu zu sprechen, also wirklich die Praxis der konflikthaften und widerspenstigen Auseinandersetzung zwischen Subjekt-Objekt oder zwischen Person und Feld oder zwischen Subjekten und ihren Praxen. Und vor allem von (Stand-)Punkten, Positionen, Personen zu- und zwischeneinander – also miteinander in der Praxis als Interaktion oder als gemeinsame Praxis.

Sarah Speck: … und die elaborierten Schwarzen, feministischen und Schwarzen feministischen Standpunkttheorien von W.E.B. Du Bois (2007) über Harding (1987) bis Hill-Collins (1986, 1989) argumentieren ja genauso: Die Erkenntnis über die Herrschaftsverhältnisse fliegt auch den Unterdrückten nicht einfach zu.

Paula-Irene Villa: Und das ist auch nicht etwas, das eine Person alleine gebiert.

Sarah Speck: Genau: Die Möglichkeit einer Einsicht in herrschende Verhältnisse entsteht auch nur wieder in reflexiver Auseinandersetzung und im kollektiven Prozess und in gemeinsam errichteten institutionellen Strukturen; sie muss erarbeitet werden. Und sie ist immer vorläufig.

Paula-Irene Villa: Und aus diesem Grund können auch weiße Heteras zu der Lebenswirklichkeit schwarzer, lesbischer Proletarierinnen arbeiten, selbstverständlich, aber in diesem reflexiv kritischen und auch selbstkritischen Zugang, das heißt auch mit der Notwendigkeit, sich einlassen zu müssen auf eine Auseinandersetzung mit denjenigen, über die sie forschen. Was das dann methodisch heißt, ist nochmal eine andere, zugleich zentrale und schwierige Frage. Wir müssen von Wissenschaft erwarten können, sie auch daran messen, dass sie diese subjektiven Standpunkte ernsthaft anerkennen, reflexiv einpreisen und zugleich methodisch kontrolliert transzendieren kann.

Sarah Speck: Lass uns doch an dieser Stelle nochmal kurz zusammenfassen: Wir vertreten beide die Position, dass nicht nur im Feld der Wissenschaft Wahrheit generiert wird, im Sinne eines situierten objektiven Wissens, sondern auch in politischen Bewegungen. Aber im Prozess der sich politisch organisierenden Menschen, die unter herrschaftlichen Verhältnissen leiden, muss es dieses Moment der Reflexivität im gemeinsam erarbeiteten

Wissen ebenso geben wie auf der Seite der wissenschaftlichen Wissensproduktion von einem kollektiven reflexiven Prozess ausgegangen werden muss – auch methodologisch, insofern in der Interpretation von Daten blinde Flecken aufgedeckt werden müssen. Und dennoch halten wir weiterhin daran fest, dass es eine Differenz zwischen beiden Feldern gibt, dass forschende und politische Praxis sich unterscheiden und auch die Wissensproduktion sich unterscheidet. Um es an dieser Stelle ganz knapp zu skizzieren – und das wird natürlich allen wissenschaftstheoretischen, trans- und interdisziplinären Debatten um die Frage, wie genau wissenschaftliches Wissen eigentlich hervorgebracht werden kann, nicht gerecht – trotzdem, kurz und mit Blick auf unsere Frage pointiert: Die Wissensproduktion ist im wissenschaftlichen Feld (zumindest im Idealfall) methodisch und durch Fachöffentlichkeit(en) kontrolliert, der Forschungsprozess muss offengelegt und die Ergebnisse müssen nachvollziehbar sein und werden in die fachliche oder fachübergreifende Debatte eingespeist. Dafür gibt es gute Gründe. Und die Trennung vom Feld des Politischen dient auch dem Schutz wissenschaftlicher Erkenntnis: Auch wenn es ein normatives oder politisches Erkenntnisinteresse gibt, darf nicht vorne klar sein, was hinten rauskommen muss.

Paula-Irene Villa: Ja, das ist ein wichtiger Punkt.

Sarah Speck: So wie die Lehre auch kein Ort politischer Mobilisierung sein sollte, an dem klar ist, was rauskommen soll, sondern erst einmal ein Raum des Lernens und der Verständigung. Ein Seminar ist keine Politgruppe. Sich den Unterschied dieser Kontexte vor Augen zu führen, ist meines Erachtens auch deshalb wichtig, weil sich Lehrende und Lernende an Universitäten nicht in einer symmetrischen Kommunikationssituation begegnen. Das schließt an das vorherige Argument der Reflexion auf die eigene Machtposition an: Lehrende sollten diese ebenso wie Forschende nicht missbrauchen. Ich denke aber auch, dass umgekehrt das Feld der sozialen Bewegungen und der aktivistischen Politik von der akademischen und Uni-Logik geschützt werden sollte. Es gab vor ein paar Jahren mal eine ganz produktive Diskussion zu den Schwierigkeiten, die mit der Akademisierung der Linken entstehen. Wenn etwa junge Feminist*innen Angst haben, sich in Prozesse einzubringen und sich politisch zu artikulieren, weil sie den Kanon der Gender Studies nicht kennen oder Judith Butler nicht gelesen oder verstanden haben, ist das ein Problem. Das stellt eine Art Verlängerung universitärer, akademischer Macht in den Bereich politischer Bündnisse und Auseinandersetzung dar, der aus meiner Sicht auch ein Effekt jener Überlagerung ist, bei der Gender Studies im Wesentlichen

als Aktivismus verstanden werden. Denn dann werden für andere Gruppen und Zusammenhänge Maßstäbe gesetzt, die nicht sein müssten, weil es sich eben um unterschiedliche Felder handelt und weil man natürlich nicht Butler gelesen haben muss, um sich politisch zu organisieren. Diese Überlagerung bewirkt auch manchmal ganz konkret einen Schaden, weil sich Leute mit unterschiedlichen Interessen in Kontexte einbringen. Wenn beim Plenum einer Nachbarschafts- und Mieterinnen-Initiative in Kreuzberg neun Leute sitzen und drei davon ihre Doktorarbeit darüber schreiben. Die haben einen anderen Film laufen. Will ich etwas vorantreiben oder sitze ich da, weil ich andere beobachte, wie sie darüber diskutieren, auf welche Weise mobilisiert werden kann? Und was macht das eigentlich mit Kommunikationsstrukturen, wenn die einen gedanklich die Diskussion in einen spezifischen Literaturkanon einbetten?

Paula-Irene Villa: Interessant, ja, aber die Akademisierung der Linken ist doch auch kein neues Phänomen, wenn man an die 1970er Jahre Westdeutschlands denkt und die Versuche von Studierenden, in die Fabriken zu gehen.

Sarah Speck: Ja, das ist sicherlich richtig. Aber zumindest waren in den 1970er, und -80er Jahren in sozialen Bewegungen viel mehr Menschen mit anderen, nicht-akademischen Bildungs- und beruflichen Hintergründen vertreten. Und das Beispiel von der Initiative und den Doktorand*innen wäre in den 1980er Jahren nicht denkbar, allein, weil das Promovieren noch nicht derart verbreitet war – aber das ist eine andere Frage und unterstreicht nur, dass wir es bei der Akademisierung der Linken mit ganz unterschiedlichen sozialstrukturellen Dynamiken zu tun haben. Ich will nicht behaupten, dass man einen Zusammenhang, in dem man selbst politisch aktiv ist, nicht beforschen dürfe. Ich glaube, keine von uns verlangt ein säuberliches Auseinanderdividieren in der eigenen Lebenspraxis. Aber es geht doch um das Gewahrwerden der Differenzen im Sinne einer Klarwerdung: Was tun wir mit wem zu welchem Zeitpunkt? Unter welchen Voraussetzungen und von welcher (Macht-)Position aus? Und es scheint mir zentral, gewissermaßen beide Felder oder beide Modi des Kommunizierens voreinander zu schützen. So dass auch einer Professorin in einer politischen Diskussion möglicherweise ihr professoraler Habitus vorgeworfen werden darf, der dort eben nicht angebracht ist.

Paula-Irene Villa: Mit Blick auf den ‚Schutz' der beiden Felder oder Modi voreinander möchte ich nochmal den vorhin angesprochenen Punkt aufgreifen. Mir scheint es auch gerade in der gegenwärtigen politischen Gemengelage und angesichts der Angriffe nicht nur auf die Gender Studies wichtig, die Wissenschaft überhaupt als Ort zu verteidigen. Und da geht es

durchaus auch um die Diskussion über Wissenschaftskommunikation als Element von Forschungsförderung, in der wir zum Beispiel als Deutsche Gesellschaft für Soziologie (2019) deutlich machen: Das hat auch wirklich große Risiken. Wir dürfen uns nicht auf ein Verständnis einlassen, dass Wissenschaft nur dann gut wäre, wenn sie sich übersetzt in für irgendeine ominöse Allgemeinheit verständliche und nützliche Policy-Evidenzen, sondern wir verteidigen Wissenschaft als institutionalisierten Ort der ergebnisoffenen, handlungsentlasteten Reflexion auf die Gesellschaft selbst. Und damit als den Ort, an dem Gesellschaft in all ihren Facetten, auch in ihrem Naturverhältnis, in ihren materiellen Aspekten, in ihrer Verfasstheit insgesamt, sich selbst beobachten, sich selbst verhandeln kann. Und inwiefern das dann im zweiten, dritten Schritt politisch relevant ist, das entscheidet sich in dem Raum der Übersetzung, aber nicht in dem Feld der Wissenschaft selbst, um das jetzt mal so idealtypisch zu konturieren.

Sarah Speck: Genau, *idealtypisch* ist jetzt vermutlich das richtige Stichwort.

Paula-Irene Villa: Oder ich nenne das ja eben die Realfiktion: etwas, das materiell, empirisch wirksam ist, also stärker poststrukturalistisch verstanden.

Sarah Speck: Ja, das was du jetzt ansprichst, verweist ja nochmal auf eine andere Facette: die institutionell eingeforderte Überlagerung von Politik und Wissenschaft im Sinne einer Nutzbarmachung und eines Verwertungsimperativs von wissenschaftlichem Wissen. Als wäre Wissenschaft nur dann legitim, wenn sie einen unmittelbaren Ertrag für die Gesellschaft schaffen würde. Da fällt mir noch ein anderes Beispiel ein, das auch die methodische Frage berührt und das aus meiner Sicht nochmal die Gefahr der Überlagerung beider Felder verdeutlicht. Ich habe mitunter den Eindruck, dass es neuerdings bei einigen kritischen Wissenschaftler*innen einen recht unkritischen Hype um partizipatorische Forschung gibt – als wäre dies das methodische Allheilmittel, um als Wissenschaftler*in keine Machtstrukturen zu reproduzieren. Und vielfach erscheint es, als sei die Anwendung von partizipatorischen Verfahren die einzige ethische oder politische richtige Art und Weise zu forschen. Im Wesentlichen wird dadurch der eigene epistemologische Standpunkt relativiert und die Asymmetrie zwischen Forschenden und Beforschten weitestgehend aufzuheben versucht. Die Ambivalenz davon zeigt sich m.E. ganz gut an folgendem Beispiel: Im Rahmen eines Workshops zu Sexarbeitsforschung erzählte mir mal eine Kollegin, dass in dem nationalen Kontext, in dem sie forsche, z.T. Geldgeber nicht nur einforderten, dass partizipative Verfahren einzusetzen seien, sondern auch, wer mit eingebunden werden sollte – die Polizei zum Beispiel. Wenn der eigene epistemische Standpunkt der

Forscher*in aufgegeben wird und die Wissenschaftler*in nur eine von vielen Expert*innen des Alltags ist, dann kann es natürlich genau zu solchen Situationen kommen. Den Ort der Wissenschaft zu verteidigen, wie Du vorhin auch betont hast, bedeutet anhand dieses Falls natürlich auch, die Macht nicht preiszugeben, über Methoden, Daten und Forschungsfrage zu bestimmen. Wenn wir den wissenschaftlichen Standpunkt aufgeben, wenn gleichermaßen die Verwaltung, die Polizei wie der Wissenschaftler an einem runden Tisch sitzen und sagen, wir alle tragen jetzt gleichermaßen zur wissenschaftlichen Wissensproduktion und Wahrheitsfindung bei, geben wir auch Mittel der Kritik aus der Hand.

Paula-Irene Villa: Das ist wirklich ein interessantes Beispiel. Das, was in derart verstandener partizipativer Forschung verhandelt wird, deckt sich im Wesentlichen mit den methodischen Postulaten von Maria Mies von 1978. Das ist eine parteiliche, involvierte Forschung, die sich orientiert an den Kämpfen und Zielen bestimmter – ausgeschlossener, unterdrückter – Gruppen (damals: der Frauen). In unserem akademischen Feld gibt es doch reichlich Erfahrung in der Auseinandersetzung mit solchen Ansprüchen und Erwartungen, auch mit solchen idealistischen und teils ideologischen Vorhaben. Die Einsicht, dass dies ein wichtiger Punkt, aber zugleich unmöglich ist. Allerdings ist es hier auch wichtig, einen Unterschied zwischen positioniert und parteilich zu machen. Die kritische (Selbst-)Reflexion der eigenen Positioniertheit, des eigenen Standpunkts – nicht als inhaltlichen, sondern als soziostrukturellen und habituellen – ist nicht automatisch mit einer inhaltlichen Position gleichzusetzen.

Und dann kommen wir auf einen letzten zentralen Aspekt zu sprechen, nämlich die ideologische Funktion dieser ‚guten politischen Absichten': die Symmetrisierungsbegehren im Feld der partizipativen Forschung oder mitunter auch in der Lehre. Also Praxen, die so tun, als wären alle auf Augenhöhe, also in hierarchischer Hinsicht gleich; als gäbe es ‚das Falsche' nicht für diejenigen, die das Beste und Gute und Richtige wollen – weil man sich entschlossen hat, in einem Seminar auf eine bestimmte Redeweise zu verzichten oder auf die hierarchische Struktur des konventionellen Forschungsprozesses, und damit wähnt man sich jenseits von Herrschaft. In diesem Sinne ist das wirklich eine ideologische Form, als könnte es an der Stelle durch willentliche Entscheidungen das Richtige geben. Ich sehe eine ähnliche Problematik bei verkürzten Sprach- oder Pronomen-Mikropolitiken in Bezug auf ‚Gender'. Das kippt manchmal in einen strukturvergessenen Voluntarismus, der ‚Konstruktion' auf individuelle Willensakte verkürzt.

Sarah Speck: Für Forschung und Lehre heißt dies, sich nicht gewahr und bewusst zu werden über die Asymmetrie im Forschungsprozess oder im Seminarraum – denn die gibt es: Es gibt diejenige Person, die bewertet, und die anderen Personen, die dort sitzen und bewertet werden.

Paula-Irene Villa: Und die abhängig sind von dieser Bewertung.

Sarah Speck: Es besteht die Notwendigkeit, dieses Moment der Macht zu reflektieren und damit verantwortungsvoll, ethisch umzugehen. Für den Forschungsprozess heißt das eben eine Reflexion der Asymmetrie in der Interaktion und im Interaktionsverhältnis. Diese wiederum bedeutet ja nicht, dass auf der Seite der Beforschten nicht auch Gegenmacht mobilisiert werden könnte. Sondern erst einmal nur, dass die Forschungsstruktur an sich eine asymmetrische ist und dass das auch seine Gründe hat. Und ich denke – das mag jetzt paradox anmuten – dass man gerade auch im Sinne einer kritischen Forschung diese epistemische Asymmetrie bewahren muss (Speck 2020).

Paula-Irene Villa: Das finde ich sehr einleuchtend, diese paradoxe Figur, die Du da beschreibst. Dennoch stellt sich die Frage, was nun aus all dem folgt.

Sarah Speck: Jenseits dessen, was wir bereits formuliert haben? Also die aus unserer Sicht und bei aller Nähe zwischen Geschlechterforschung und (queer-feministischer) Bewegung bestehende Notwendigkeit der Trennung zwischen Wissenschaft und Politik, Forschen und Lehren einerseits, Bündnisse schmieden und Mobilisieren andererseits und die Notwendigkeit der Reflexion auf den eigenen Sprechort, auf bestehende Asymmetrien, unterschiedliche Spielregeln, und den Sprechmodus – gerade auch im Sinne der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen?

Paula-Irene Villa: Vielleicht läuft dies letztlich auf eine ethische Haltung in der Wissenschaft hinaus. Ethisch scheint mir auch passender als politisch im engeren Sinne. Mit einer ethischen Haltung meine ich eine Grundform der Praxis im Allgemeinen. Im Besonderen und konkret bezogen auf unser Thema meine ich die Anerkennung einiger Prinzipien sowie die Offenheit und Hinwendung zu Stimmen, Erfahrungen, Lebensweisen. Auf der Ebene der Prinzipien meine ich eine Ethik, die sich der eigenen Begrenzungen und Vorläufigkeit des Wissens gewahr ist, die von der Komplexität aller Phänomene ausgeht, insbesondere derjenigen der sozialen Wirklichkeit, und die sich der eigenen Position sowie der Paradoxien und Ambivalenzen der wissenschaftlichen Praxis bewusst ist. Die eigene Forschung als möglichen Beitrag zur – vermittelten bzw. übersetzten – (Selbst-)Aufklärung der Welt oder zur Überwindung von Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Leid zu sehen, das gehört auch dazu. Auf der Ebene der Stimmen und Er-

fahrungen meine ich als ethisches Prinzip die Offenheit für das, was wir jeweils ausblenden und nicht wissen, etwa hinsichtlich unserer Wirklichkeit, weil unsere jeweilige soziale Position bestimmte Erfahrungen strukturell unsichtbar oder unhörbar macht. Für die soziologische Forschung ist dies z.B. fundamental; denn wer wie wir zum Beispiel über Arbeit, Familie oder Gewalt forscht, ist auch davon geprägt, wessen Wirklichkeiten und Erfahrungen zählen, wer also in der Forschung ernst genommen, gesehen, für das Allgemeine oder Normale bzw. für die Ausnahme oder Besondere gehalten wird. Wir können nie wissen, was wir womöglich nicht wissen, was wir ausblenden; dafür offen zu bleiben, das ist eine wichtige ethische Haltung.

Sarah Speck: Das finde ich sehr überzeugend. Und vielleicht kann man auch, wenn man die Überlagerung von Wissenschaft und Politik in unserem Feld ernst nimmt und als Bestreben versteht, die Welt und die fürchterlichen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern zu wollen und sich einzubringen, einfach die Forderung aufstellen: Ja, gut – dann macht! Macht Politik! Bringt Euch jenseits der Forschung und Lehre wieder stärker auch in Kämpfe ein, in aktivistische und damit andere kommunikative Prozesse, in denen sich alle ohne untergründige Abhängigkeitsverhältnisse begegnen und gemeinsam organisieren. In denen Symmetrie in der Interaktion kein ideologisches Selbstverständnis, sondern gelebte politische Praxis ist.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1969): Marginalien zur Theorie und Praxis. In: Stichworte. Kritische Modelle 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 169–191.

Bröckling, Ulrich (2008): Empowerment: Fallstricke der Ermächtigung. Zwischen Gegenmacht und Sozialtechnologie. In: prävention 1, 2–6.

Bröckling, Ulrich (2003): You are not responsible for being down, but you are responsible for getting up. Über Empowerment. In: Leviathan 31 (3), 323–344. doi: 10.1007/s11578-003-0017-x.

Butler, Judith (2009): Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Butler, Judith (1993): Ort der politischen Neuverhandlung. Der Feminismus braucht „die Frauen“, aber er muß nicht wissen, „wer” sie sind. In: Frankfurter Rundschau, Forum Humanwissenschaften, 27.07.1993.

Collins, Patricia Hill (1989): The Social Construction of Black Feminist Thought. In: Signs 14 (4), 745–773. doi: 10.1086/494543.

Collins, Patricia Hill (1986): Learning from the Outsider Within: The Sociological Significance of Black Feminist Thought. In: Social Problems 33 (6), 14–32. doi: 10.2307/800672.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (2019): Gemeinsame Stellungnahme geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlicher Fachgesellschaften zur Ankündigung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die Wissenschaftskommunikation in Deutschland zu stärken (Mitteilung vom 14. November 2019). https://soziologie.de/aktuell/news/gemeinsame-stellungnahme-geistes-kultur-und-sozialwissenschaftlicher-fachgesellschaften-zur-ankuendigung-der-bundesministerin-fuer-bildung-und-forschung-die-wissenschaftskommunikation-in-deutschland-zu-staerken-mitteilung-vom-141119 (26.11.2020).

Du Bois, William E. B. (Hg.) (2007): The Souls of Black Folk. Oxford: Oxford University Press.

Fraser, Nancy (1994): Was ist kritisch an der Kritischen Theorie? Habermas und die Geschlechterfrage. In: Dies.: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 173–221.

Gildemeister, Regine (1992): Die soziale Konstruktion von Geschlechtlichkeit. In: Ostner, Ilona/Lichtblau, Klaus (Hg.): Feministische Vernunftkritik. Ansätze und Traditionen. Frankfurt am Main, New York: Campus-Verlag, 220–239.

Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.): TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie. Freiburg im Breisgau: Kore-Verlag, 201–254.

Hagemann-White, Carol (1988): Wir werden nicht zweigeschlechtlich geboren. In: Hagemann-White, Carol/Rerrich, Maria S. (Hg.): FrauenMännerBilder. Männer und Männlichkeit in der feministischen Diskussion. Bielefeld: AJZ-Verlag, 224–235.

Haraway, Donna (1988): Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective. In: Feminist Studies 14 (3), 575-599. doi: 10.2307/3178066.

Harding, Sandra G. (1987): The Science Question in Feminism. Ithaca, New York: Cornell University Press.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: transcript.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript.

Hirschauer, Stefan (2003): Wozu ‚Gender Studies'? Geschlechtsdifferenzierungsforschung zwischen politischem Populismus und naturwissenschaftlicher Konkurrenz. In: Soziale Welt 54 (4), 461–482.

Hirschauer, Stefan/Knapp, Gudrun-Axeli (2006): Wozu Geschlechterforschung? Ein Dialog über Politik und den Willen zum Wissen. In: Aulenbacher, Brigitte/Bereswill, Mechthild/Löw, Martina/Meuser, Michael/Mordt, Gabriele/Schäfer, Reinhild/Scholz, Sylka (Hg.): FrauenMännerGeschlechterforschung. State of the art. Münster: Westfälisches Dampfboot, 22–63.

Horkheimer, Max (1988): Traditionelle und Kritische Theorie. In: Ders.: Gesammelte Schriften in 19 Bänden, hg. von Alfred Schmidt. Bd. 4: Schriften 1936-1941. Frankfurt am Main: S. Fischer, 162–216.

Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hg.) (2018): Anti-gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality. Lanham, New York: Rowman & Littlefield International.

Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Hg. von André Kieserling. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Luhmann, Niklas (1990): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mannheim, Karl (1929): Ideologie und Utopie. Bonn: Cohen.

Medina, José (2013): The Epistemology of Resistance. Gender and Racial Oppression, Epistemic Injustice, and Resistant Imaginations. New York: Oxford University Press. doi: 10.1093/acprof:oso/9780199929023.001.0001.

Mies, Maria (1978): Methodische Postulate zur Frauenforschung – dargestellt am Beispiel der Gewalt gegen Frauen. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis 1 (1), 41–63.

Speck, Sarah (2020): In Verteidigung der epistemischen Asymmetrie [im Erscheinen]. In: WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung (2).

Villa, Paula-Irene (2017): „Frauen". Warum es sie gar nicht gibt und man trotzdem über sie redet. In: Kursbuch 192, 97–109.

Walters, Suzanne Danuta (Hg.) (2019): Gender and the Rise of the Global Right. Chicago: The University of Chicago Press.

Wohlrab-Sahr, Monika (1993): Empathie als methodisches Prinzip? Entdifferenzierung und Reflexivitätsverlust als problematisches Erbe der „methodischen Postulate zur Frauenforschung". In: Feministische Studien 11 (2), 128–139. doi: 10.1515/fs-1993-0214.